



---

## Aktueller Begriff

### Vor 25 Jahren: Der Hauptstadtbeschluss vom 20. Juni 1991

---

Nach einer lebhaften zwölfstündigen Debatte im Bonner Wasserwerk stimmte der Deutsche Bundestag am 20. Juni 1991 mit knapper Mehrheit für die Verlegung des Parlaments- und Regierungssitzes von Bonn nach Berlin. Der sogenannte Hauptstadtbeschluss sah zudem eine Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn und Ausgleichszahlungen an Bonn vor.

Noch im Herbst 1949 hatte der erste Deutsche Bundestag den Beschluss des Parlamentarischen Rates bestätigt, dass Bonn vorläufiger „Sitz der leitenden Bundesorgane“ sei. Allerdings hielt er auch fest, dass diese ihren Sitz nach Berlin verlegen sollten, sobald demokratische Wahlen in ganz Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone durchgeführt würden. Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung rückte die Hauptstadtfrage wieder auf die Tagesordnung und entzweite Bonn- und Berlin-Befürworter quer durch alle Parteien und Bundestagsfraktionen. Um die Einigungsverhandlungen nicht unnötig durch die Hauptstadtdebatte zu belasten, hatte man sich in Artikel 2 des Einigungsvertrags darauf verständigt, dass Berlin zwar die Hauptstadt Deutschlands sei, die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung jedoch erst nach der Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden werden sollte.

Die Bundestagsdebatte zur Hauptstadtfrage wurde nach Abstimmung mit den anderen Verfassungsorganen für den 20. Juni 1991 angesetzt. An jenem Tag versammelten sich fast alle Bundestagsabgeordneten im Bonner Wasserwerk, um über den zukünftigen Parlaments- und Regierungssitz der Bundesrepublik zu entscheiden. Zur Abstimmung standen ursprünglich fünf Anträge, von denen einige fraktionsübergreifend waren.

Der von Bonn-Befürwortern wie Norbert Blüm (CDU), Horst Ehmke (SPD) und Gerhart Baum (FDP) eingebrachte „**Bonn-Antrag**“ sah vor, Parlament und Regierung in Bonn zu belassen. Bundeskanzler und Mitglieder der Bundesregierung sollten jedoch einen zweiten Dienstsitz in Berlin nehmen. Ebenfalls sollten die Bundesversammlung und Bundestagssitzungen zu besonders bedeutenden politischen Anlässen in Berlin stattfinden. Im Gegensatz dazu forderten Gregor Gysi und andere Abgeordnete der PDS/Linke Liste in ihrem „**Berlin-Antrag**“, dass Berlin Sitz von Parlament und Regierung werden sollte und dass dieser Beschluss sofort in Kraft zu setzen sei.

Berlin-Befürworter wie die ehemaligen Regierenden Bürgermeister der Stadt, Willy Brandt (SPD) und Hans-Jochen Vogel (SPD), aber auch Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) schlugen in dem Antrag „**Vollendung der deutschen Einheit**“ vor, dass Regierung und Parlament nach Berlin umziehen sollten. Die Arbeitsfähigkeit als Parlaments- und Regierungssitz sollte innerhalb von vier, die volle Funktionsfähigkeit innerhalb von zehn bis zwölf Jahren hergestellt werden. Allerdings forderten die Antragsteller zugleich die Vereinbarung einer „fairen Arbeitsteilung“ mit Bonn. Die Bereiche in den Ministerien und die Teile der Regierung, die primär verwaltenden

Charakter hätten, sollten ihren Sitz in Bonn behalten. Zudem sollte für Bonn ein Konzept zur Ansiedlung neuer Institutionen von nationaler und internationaler Bedeutung erarbeitet werden.

Ein weiterer Antrag wurde von einer Gruppe von Abgeordneten um Heiner Geißler (CDU) eingereicht. In ihrem „**Konsensantrag Berlin/Bonn**“ schlugen sie vor, den Bundestag nach Berlin zu verlegen, die Bundesregierung jedoch in Bonn zu belassen. Gegen eine solche örtliche Trennung von Parlaments- und Regierungssitz sprach sich der von Otto Schily (SPD) und anderen eingereichte Antrag „**Zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie**“ aus.

Im Laufe der zwölfstündigen Bundestagssitzung lieferten sich Bonn- und Berlin-Befürworter eine leidenschaftliche Debatte. Erstere führten an, dass Berlin als ehemalige Hauptstadt des Deutschen Reichs und der DDR geschichtlich belastet sei, Bonn hingegen das demokratische Erfolgsmodell der Bundesrepublik und das föderalistische Prinzip verkörpere. Zudem argumentierten sie, dass ein Umzug nach Berlin zu hohe Kosten verursachen würde. Berlin-Befürworter unterstrichen hingegen, dass die Entscheidung für Berlin ein unerlässlicher Schritt zur Verwirklichung der Deutschen Einheit sei. Wolfgang Schäuble, dessen Rede einige unentschlossene Abgeordnete für Berlin gewonnen haben soll, unterstrich, „dass in 40 Jahren niemand Zweifel hatte, dass Parlament und Regierung nach der Herstellung der Einheit Deutschlands ihren Sitz wieder in Berlin haben werden.“ Insgesamt wurden 107 Reden gehalten und zahlreiche weitere zu Protokoll gegeben.

Nach Ende der Aussprache sollten die Abgeordneten laut Beschluss des Ältestenrates zunächst namentlich über den „Konsensantrag Berlin/Bonn“ und den Antrag „Zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit“ abstimmen. Die drei übrigen Anträge sollten anschließend auf einer Stimmkarte aufgeführt werden. Nachdem der Bundestag die ersten beiden Anträge abgelehnt hatte, zog Gregor Gysi jedoch den „Berlin-Antrag“ zurück. Folglich standen nur der „Bonn-Antrag“ und der Antrag „Vollendung der Deutschen Einheit“ zur Abstimmung.

*Stimmverteilung bei der Abstimmung zum Hauptstadtbeschluss (1 ungültig, 1 Enthaltung)*

	CDU	CSU	FDP	SPD	Bündnis 90/ GRÜNE	PDS/Linke Liste	Fraktions- los
Für Bonn	124	40	26	126	2	1	1
Für Berlin	146	8	53	110	4	17	–

Kurz vor 22:00 Uhr gab Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth das Ergebnis bekannt: Von den 660 abgegebenen Stimmen entfielen 320 auf den „Bonn-Antrag“ und 338 auf den Antrag „Vollendung der deutschen Einheit“. Damit war die Entscheidung für Berlin als Parlaments- und Regierungssitz der Bundesrepublik Deutschland gefallen. Die Umsetzung des Hauptstadtbeschlusses regelte das Berlin/Bonn-Gesetz vom 10. März 1994. Im Sommer 1999 zog der Bundestag schließlich nach Berlin um. Auch Bundeskanzleramt und Bundespresseamt sowie sieben Bundesministerien verlegten ihren Hauptsitz nach Berlin, blieben aber in Bonn mit einem Zweitsitz vertreten. Die sieben mit Hauptsitz in Bonn verbliebenen Bundesministerien errichteten in der Hauptstadt jeweils einen Zweitsitz. Seit Sommer 2000 residiert auch der Bundesrat in Berlin.

- Bundeszentrale für politische Bildung (2011): Dossier: Hauptstadtbeschluss, <http://www.bpb.de/ge-schichte/deutsche-einheit/20-jahre-hauptstadtbeschluss/>
- Deutscher Bundestag (1991): Plenarprotokoll 12/34, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/12/12034.pdf>
- Staatliche Münze Berlin (2016): 25 Jahre Hauptstadtbeschluss: Alle Reden der historischen Debatte im Deutschen Bundestag zum Berlin/Bonn-Gesetz, Berlin: Berlin Story Verlag